

Freitag, 13. Jänner 2006, 12.00 Uhr

**REGIONEN UNTERSTÜTZEN SCHÜSSEL-KURS: EU-VERFASSUNG DARF NICHT TOT SEIN!**

Aus der Sicht der Regionen Europas dürfe die Diskussion um die EU-Verfassung keinesfalls für beendet erklärt werden, wie dies Stimmen aus den Niederlanden und Finnland fordern, erklärte heute der Vorsitzende des Ausschusses für Konstitutionelle Fragen des Ausschusses der Regionen (AdR), Franz Schausberger, der auch Vorstand des Institutes der Regionen Europas (IRE) ist.

Neben dem Europäischen Parlament, das mehr Befugnisse bekommt, sind die Regionen Europas die Gewinner aus der neuen EU-Verfassung, weshalb sich auch eine überwältigende Mehrheit der Regionen Europas im AdR für die Verfassung ausgesprochen habe. Es sei daher zu begrüßen, dass Bundeskanzler Schüssel im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft die Diskussion um die Verfassung neu beleben und einen Fahrplan für die Ratifizierung der Verfassung ausarbeiten wolle, stellte der frühere Salzburger Landeshauptmann fest. Die vereinbarte so genannte „Denkpause“ über die Verfassung dürfe nicht als eine „Pause vom Denken“ sondern eine „Pause zum Denken“ verstanden werden, die neue Vorschläge zur Behebung der Krise in der EU bringen müsse.

Die Regionen Europas profitieren von der Verfassung, da sie ihnen mehr Mitsprache- und Mitwirkungsrechte einräumt, die regionale Identität garantiert, die regionale Selbstverwaltung stärkt und das Subsidiaritätsprinzip zu einer tragenden Säule der EU macht. Das wirkt einem europäischen Zentralismus entgegen.

„Wir brauchen mehr Ehrlichkeit in der Europadiskussion. Die EU ist nicht wegen der Verfassung in einer Krise, sondern weil wichtige grundsätzliche Fragen unbeantwortet sind und daher bei der Bevölkerung Sorge und Unsicherheit hervorrufen“, stellte Schausberger klar. Dazu zählen die Fragen der Grenzen der EU, der mangelnden Bürgernähe, der Bürokratisierung und, was kann man überhaupt von der EU erwarten.

Es sei zu begrüßen, dass Bundeskanzler Schüssel am 18. und 19. April 2006 zu einer großen Subsidiaritätskonferenz einlade, bei der auch die Frage der Auswirkungen der EU-Verfassung auf die Regionen eine wichtige Rolle spielen werde. Man müsse klar zum Ausdruck bringen, dass der Abschied von der Verfassung beträchtliche Nachteile für die Regionen und Kommunen bedeuten würde.

**Rückfragenhinweis:**

Dr. Joachim Fritz, Büroleiter, Institut der Regionen Europas (IRE), Büro: +43 662 84 32 88 5017, GSM: +43 676 8888 1854, [www.ire.or.at](http://www.ire.or.at), [joachim.fritz@ire.or.at](mailto:joachim.fritz@ire.or.at)